

Papadas, Panagiotis

Article — Digitized Version

Die junge Republik Zypern und ihre Wirtschaftsprobleme

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Papadas, Panagiotis (1963) : Die junge Republik Zypern und ihre Wirtschaftsprobleme, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 43, Iss. 2, pp. 68-71

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133283>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

der Sowjetunion gemacht, wobei er prosperierende freie Handelsbeziehungen auf Präferenzbasis gegen schwierige Kompensationsgeschäfte eingetauscht hat. Die Rationierung der Lebensmittel und der Mangel an vielen sonstigen lebenswichtigen Gütern auf Kuba sind der beste Beweis dafür, wohin eine doktrinaire Ausrichtung eine soziale Revolution abgleiten lassen kann.

Voraussetzungen für den Erfolg sozialer Revolutionen in Südamerika

Alle sozialen Revolutionen, die bisher Lateinamerika erschüttert haben, beruhten im wesentlichen auf zwei Konzepten: der Besserstellung der breiten Masse der Landbevölkerung, die im allgemeinen durch Agrarreformen angestrebt wurde, und der Beschneidung der Macht des Auslandskapitals. Dazu kam noch in einem oder anderen Land die bewußte Forcierung der Industrialisierung, um den Lebensstandard zu erhöhen. Längst aber ist man in einsichtigen Kreisen zu der Überzeugung gelangt, daß diese Maßnahmen allein nicht ausreichen und ihre Übertreibung zum wirtschaftlichen und sozialen Chaos führen kann.

Es ist notwendig, die öffentlichen Verwaltungen zu reformieren, damit sie den großen Entwicklungsaufgaben gewachsen sind. Die Steuer- und Steuereintreibungssysteme müssen überholt werden, damit diejenigen die Hauptlast tragen, die am besten dafür geeignet sind. Dazu sollten Erziehungsreformen eingeführt werden, die das noch erschreckend verbreitete Analphabetentum überwinden helfen. Solange noch 1,5% der Landbesitzer Lateinamerikas über die Hälfte des genutzten Bodens des Subkontinents verfügen, schätzungsweise die Hälfte aller Lateinamerikaner Analphabeten sind, die öffentlichen Verwaltungen zu meist ein Eldorado der Korruption darstellen und jährlich etwa der Gegenwert von 2 Mrd. \$ an Steuern hinterzogen wird, bleibt noch manches zu tun, wenn die Hilfe der „Allianz für den Fortschritt“ eines Tages auf wirklich fruchtbaren Boden fallen soll. Falls die notwendigen sozialen und sonstigen Maßnahmen nicht noch rechtzeitig in dynamischer Evolution durchgesetzt werden, besteht alle Veranlassung, anzunehmen, daß den hier kurz skizzierten sozialen Revolutionen noch andere nachfolgen werden, von denen man nicht weiß, ob ihre Träger die Weisheit der Mäßigung kennen werden.

Die junge Republik Zypern und ihre Wirtschaftsprobleme

Panagiotis Papadas, z. Z. Hamburg

Im Februar 1959 konnte die Lösung der Zypernfrage gefunden werden, die die vierjährige blutige Auseinandersetzung zwischen Briten, Griechen und Türken beseitigte und eine Grundlage für die Bildung der Republik Zypern schuf. Geebnet worden ist der Weg dazu vor allem durch die Bemühungen des Generalsekretärs der NATO und die einstimmig angenommene Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 5. Dezember 1958, in der der Wunsch ausgesprochen wurde, daß sich die streitenden Staaten weiterhin bemühen sollten, „eine friedliche demokratische und gerechte Lösung in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen herbeizuführen“.

Das Ergebnis der Züricher Besprechungen vom 6. bis 11. Februar 1959 zwischen den Ministerpräsidenten von Griechenland und der Türkei sowie der Konferenz vom 17. bis 19. Februar 1959 im Lancaster House in London, an der außer den Vertretern Großbritanniens, Griechenlands und der Türkei auch Vertreter der griechischen und türkischen Volksgruppen auf Zypern teilnahmen, war das Abkommen zur Errichtung der unabhängigen Republik Zypern.

Der staatspolitische Status

Das Zypernabkommen¹⁾ besteht aus einem Memorandum vom 19. Februar 1959 und neun Dokumenten als Anhang. Darin wird die Unabhängigkeit der Republik

Zypern seitens Großbritanniens, Griechenlands und der Türkei akzeptiert. Ferner wird der völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Status Zyperns bestimmt. Das Abkommen erkennt die beiden Bevölkerungsgruppen auf Zypern an. Die Grundlage für die Unterscheidung in Türken und Griechen ist nicht die ethnische Verschiedenheit der Volksgemeinschaften, sondern ihre ursprüngliche Religionszugehörigkeit. Hiernach gelten die Mitglieder der griechisch-orthodoxen Kirche als Griechen, während die Mohammedaner als Türken zu betrachten sind. Es ist das wichtigste Merkmal der Londoner Zypernlösung, daß sie nicht einen neuen Nationalstaat, sondern einen Zweivölkerstaat geschaffen hat.²⁾

Der verfassungsrechtliche Teil des Abkommens sah die Ausarbeitung einer Verfassung vor, die einerseits die in Zürich vereinbarte „fundamentale Struktur der Republik Zypern“ aufnehmen und andererseits mit deren Bestimmungen übereinstimmen sollte. Mit der Ausarbeitung der Verfassung wurde eine gemischte Kommission in Zypern beauftragt, die je einen Vertreter der griechischen und türkischen Volksgruppen und einen von den Außenministern Griechenlands und der Türkei ernannten Rechtsberater als Mitglieder hatte.³⁾

¹⁾ Der Text des Abkommens ist zu finden in: Ludwig Dischler: „Die Zypernfrage“, Dokumente, Frankfurt a. M. — Berlin 1960, S. 151 ff.

²⁾ Vgl. Fried.-Karl Kienitz: „Die neue Republik Zypern“, Schriften des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs, Reihe B, Hamburg 1960, S. 7.

³⁾ Daran waren die Staatsrechtler Professor Themistokles Tsatos (jetziger Botschafter Griechenlands in der Bundesrepublik), Professor Nihad Erim und der Lausanner Rechtsgelehrte Professor Marcel Bridel beteiligt.

Der Form nach besitzt die Republik Zypern ein Präsidialsystem, das mutatis mutandis demjenigen der USA ähnlich ist.

Als oberste Organe der Exekutive fungieren der Präsident und der Vizepräsident der Republik. Der Präsident muß griechischer, der Vizepräsident türkischer Zypriot sein. Beide werden für fünf Jahre gewählt. Das Kabinett wird aus sieben griechischen und drei türkischen Ministern gebildet. Der Präsident bestimmt die griechischen, der Vizepräsident die türkischen Mitglieder. Das Außenministerium oder das Finanzministerium muß einem Türken anvertraut sein. Die Verwaltungsposten werden zu 70 % auf Griechen, zu 30 % auf Türken verteilt⁴⁾, soweit es sich praktizieren läßt. In Gebieten, in denen eine Volksgruppe nahezu 100 % Majorität hat, werden die Ämter von dieser Gruppe besetzt.

Als Organe der Legislative sind das Repräsentantenhaus, das aus griechischen und türkischen Zyprioten besteht, und zwei gesonderte Vertretungen der Volksgruppen eingesetzt. In ihm soll die griechische Bevölkerung mit 70 % und die türkische Bevölkerung mit 30 % vertreten sein. Jede Volksgemeinschaft wählt ihre Abgeordneten getrennt. Gesetze werden mit einfacher Mehrheit angenommen. Verfassungsändernde Gesetze jedoch bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der griechischen und einer Zweidrittelmehrheit der türkischen Abgeordneten. Außer dem gemeinsamen Parlament gibt es noch zwei getrennte Gemeindekammern, die sich mit kommunalen und kulturellen Fragen zu beschäftigen haben. In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß der Präsident und der Vizepräsident das Recht haben, alle Gesetze und Beschlüsse binnen fünfzehn Tagen an den Ministerrat oder an das Repräsentantenhaus zurückzusenden (Vetorecht).

Der Oberste Gerichtshof fungiert als höchste richterliche Behörde und setzt sich aus einem über zwei Stimmen verfügenden „neutralen“ Präsidenten⁵⁾, einem türkischen und zwei griechischen Richtern zusammen. Der

⁴⁾ Dieses Verhältnis 70 zu 30 entspricht dem Anteil der Volksgemeinschaften nicht. Der griechische Anteil macht etwa 80 % der 580 000 Einwohner aus, während sich die türkische Volksgruppe auf 17 % beläuft.

⁵⁾ Präsident des obersten Gerichtshofes ist der bekannte Heidelberger Professor Dr. Forsthoff.

Präsident des Gerichtshofes wird durch gemeinsamen Akt des Präsidenten und des Vizepräsidenten ernannt. Dieses Oberste Gericht entscheidet im Konfliktfall zwischen Legislative und Exekutive oder in Fällen, die der Präsident oder der Vizepräsident als diskriminierend gegen eine Volksgemeinschaft ansehen.

Weitere Bestimmungen regeln die Verfügungsgewalt Großbritanniens über Militärstützpunkte auf Zypern sowie die Zusammensetzung und Größe der zypriischen Armee. Der Anschluß Zyperns an einen anderen Staat oder die Teilung der Insel sind verboten.

Wirtschaftsprobleme

Mit der Verleihung der Souveränität am 16. August 1960 sind die wirtschaftlichen und sozialen Probleme auf Zypern in den Vordergrund getreten. In der Zeit der englischen Herrschaft war die Wirtschaft Zyperns in erster Linie nach den Bedürfnissen des britischen Marktes ausgerichtet, so daß keine auf lange Sicht gezielten Maßnahmen für die Entwicklung des Landes ergriffen wurden. Der relativ hohe Lebensstandard, den Zypern infolge der Verwaltungs- und Militärausgaben der dort stationierten Briten zu verzeichnen hatte, ist gesunken, nachdem die britischen Aufwendungen hierfür erheblich reduziert worden sind. Dies hatte zur Folge, daß sich das Bruttosozialprodukt, das 1957 etwa 86 Mill. zyp. £ betrug, im Jahre 1960 nur auf 78,4 Mill. zyp. £ belief.⁶⁾

Die Wirtschaft Zyperns zeigt heute alle Merkmale eines unterentwickelten Agrar- und Rohstofflandes: große Abhängigkeit bei Konsum- und Investitionsgütern, relativ hohes Bevölkerungswachstum, Kapitalmangel, extensive Bodenbewirtschaftung und unausgenutzte Arbeitskräfte. In diesem Stadium seiner Geschichte hat sich Zypern die Aufgabe gestellt, einen großen Teil seiner Mittel für die Entwicklung der Landwirtschaft, der Infrastruktur und für die Schaffung bzw. Verbreiterung der industriellen Basis einzusetzen. Die Aufstellung und Durchführung von Wirtschaftsprogrammen für den Zeitraum 1962/1966 schaffen Voraussetzungen, die gewiß zu einer Wirtschaftserschließung der jungen Inselrepublik führen.

⁶⁾ Vgl. hierzu auch: „Außenhandelsblätter der Commerzbank“, Nr. 19, 1962.

Die DEUTSCHE BUNDESBAHN

befördert jedes Gut jeder Zeit

- Moderne Güterwagen, auch für schwerste Güter
- Großbehälter verschiedener Art
- Paletten für rationellen Versand
- Güterkraftverkehr

sind nur einige der von ihr gebotenen Möglichkeiten.

Darum



- Transport Ihr Vorteil

Bundesbahndirektion Hamburg

Der Fünfjahresplan 1962/1966

Der Fünfjahresplan 7) soll folgende Ziele erreichen:

1. Umformung der Landwirtschaft zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität.
2. Schaffung und Verbreiterung aller Grundlagen für eine Industrialisierung (z. B. Erschließung der Energiequellen, Bau von Kraft- und Wasserwerken, Straßen, Häfen usw).
3. Erweiterung der technischen und sozialen Infrastruktur.
4. Schaffung und Erweiterung von Einkommensquellen.

Hiernach ist vorgesehen, Investitionen in Höhe von 61,97 Mill. zypr. £ vorzunehmen, die zur Hälfte aus ausländischen Krediten finanziert werden sollen, während die anderen finanziellen Mittel durch Sparmaßnahmen im Haushalt, Emission von Staatsanleihen und steuerpolitische Maßnahmen beschafft werden sollen. Es wird damit in concreto bezweckt, das Bruttonationaleinkommen von 78,4 Mill. zypr. £ im Jahre 1960 auf 108 Mill. zypr. £ Ende 1966 zu steigern. Das ist eine jährliche Zuwachsrate um 6,2 %.

Aufwendungen für den Fünfjahresplan 1962/1966 1)

Sektor	1000 zypr. £	Sektor	1000 zypr. £
Landwirtschaft	7 000	Häfen	11 100
Staudämme	10 000	Flughäfen	8 800
Wasserversorgung	4 000	Straßenbau	5 460
Hydrologische und geophysische Forschg.	2 000	Fernmeldewesen	1 400
Viehzucht	500	Elektrifizierung	10 530
Forsten	1 000	Öffentliche Gebäude	500
Entwicklungsbank	600	Gesundheitswesen	2 000
Fischerei	400	Soziale Fürsorge	600
Fremdenverkehr	3 000	Übrige Bereiche	1 000
		Insgesamt	61 970

1) Vgl. hierzu auch: Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Nr. 70, Köln 1962, S. 5.

Die Investitionsvorhaben des Fünfjahresplanes tragen besonders der Tatsache Rechnung, daß 51 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind. Es müssen deshalb Maßnahmen getroffen werden, die die landwirtschaftliche Produktion Zyperns zu einem Optimum, sowohl in Richtung auf den Export wie auch auf den Inlandsverbrauch, führen. Solche Maßnahmen sind:

1. Intensivierung der Feldbewirtschaftung durch Vergrößerung der bewässerten Bodenflächen, durch Mechanisierung und Verbesserung der Düngung.
2. Nutzbarmachung von unfruchtbaren Bodenflächen.
3. Errichtung von Pflanzenstationen, die den Bauern ausgewählte Pflanzensorten zu subventionierten Preisen zur Verfügung stellen.
4. Zuteilung von Land an besitzlose Bauern und zusätzliche Vergabe von Land an Kleinbauern. Verteilt werden sollen dabei die im Staats- und Kirchenbesitz befindlichen Ländereien.
5. Anpassung des Agrarkredits an die landwirtschaftlichen Erfordernisse.
6. Gründung einer staatlichen Versicherungsinstitution für Landwirtschaft.

7) Die Hauptthesen dieses Entwicklungsplanes sind einer UN-Kommission unter Führung von W. L. Thorp zu verdanken, die diese bereits kurz nach der Ausrufung der Republik Zypern ausgearbeitet hat. Vgl. W. L. Thorp: „Cyprus-Suggestion for a development program“, New York, 1961.

7. Organisation des Absatzes, der Verarbeitung und der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte.

Ferner werden Maßnahmen für die Förderung der Viehzucht und der Aufforstung vorgesehen.

Maßnahmen zur industriellen Entwicklung

Der Industrie ist gleichfalls eine wichtige Rolle beim Aufbau der Wirtschaft zugeordnet. Diesem Zweck dienen die vorgesehenen Beträge für die Elektrifizierung, für den Ausbau der Häfen und für den Straßenbau. Dadurch soll ein günstiges Investitionsklima geschaffen werden, das auch private Investoren veranlassen wird, sich als schöpferische Kräfte an der Industrialisierung der Insel zu beteiligen. Andererseits sollen durch die Gründung einer Entwicklungsbank den Unternehmern Kredite zur Verfügung gestellt werden. Die Entwicklungsbank wird ein privates Unternehmen sein, an dem sich die Regierung mit einem Betrag von 600 000 zypr. £ beteiligen wird. Weitere Maßnahmen, die die Industrialisierung der Insel beschleunigen sollen, sind:

1. Heranziehung von Auslandskapital durch besondere Begünstigungen.
2. Ausbildung von Fachkräften (Technikern und Verwaltungsfachleuten) im In- und Ausland.
3. Schutzzollpolitik für die inländische Industrie, die ihre mangelnde Konkurrenzfähigkeit berücksichtigt, sie aber nicht erstarren läßt.

Außer der Forcierung des Erzbergbaus bei der Gewinnung von Kupfer- und Eisenpyrit, Asbest, Chromerz und Gips sind die Errichtung von Industrieeinheiten, wie z. B. eine Superphosphatfabrik, eine Ölraffinerie, eine Glasfabrik, ein Keramikwerk, geplant. Hierdurch sollen Arbeitsplätze für etwa 20 000 Erwerbslose geschaffen und das Außenhandelsdefizit möglichst abgebaut werden.

Die Handelsbilanz 1960 und 1961

(in Mill. zypr. £)

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Defizit
1960	39,13	19,23	19,90
1961	40,44	17,78	22,66

Quelle: Statistische Abteilung des Finanzministeriums, Nikosia 1962.

Zu einem wichtigen Träger von Deviseneinnahmen läßt sich wegen der hervorragenden klimatischen Bedingungen auf Zypern der Touristenverkehr ausbauen. Da das Handelsbilanzdefizit in der Zahlungsbilanz nicht mehr wie zuvor von den Verwaltungs- und Militärausgaben der britischen Truppen völlig gedeckt werden kann, bleibt der Fremdenverkehr eine der bedeutendsten Devisenquellen, und man will ihn durch systematische Werbung, Finanzierung neuer Hotels, Modernisierung der bestehenden Hotels, Ausbildung von Fachpersonal und Verbesserung der Verkehrsverbindungen fördern.

Zypern und die EWG

Der Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft würde für Zypern als Mitglied des Commonwealth den Fortfall der Präferenzen der nach

England ausgeführten Waren bedeuten. Deshalb war es nicht überraschend, daß die Zyprierte Regierung in der Kabinettsitzung vom 19. Oktober 1962 beschloß, die EWG um Aufnahme von Verhandlungen über die Möglichkeit eines Anschlusses Zyperns an die Gemeinschaft zu ersuchen.⁸⁾

Sowohl in politischen wie auch in wirtschaftlichen Kreisen Zyperns befürwortet man einen Assoziierungsstatus wie den Griechenlands. Obgleich das Athener Assoziierungsabkommen⁹⁾ nicht als ein Präzedenzfall, sondern als ein Vertrag sui generis angesehen werden muß, wie es sich aus dem Protokoll Nr. 10 des Rates der EWG vom 19. Mai 1961 ergibt, dürfte eine befriedigende Lösung auch für das wirtschaftlich schwache Zypern innerhalb der EWG nicht unmöglich gemacht werden.

Es ist nicht zu übersehen, daß sich ein mit der EWG assoziiertes Zypern einem immer härter werdenden Wettbewerb für viele seiner traditionellen Ausfuhrartikel auf den Absatzmärkten der Gemeinschaft aussetzen wird. Dies dürfte jedoch dadurch kompensiert werden, daß die Vergrößerung des Marktes Startchancen für die Errichtung von neuen Industriezweigen

infolge kostenmäßiger und absatzmäßiger Vorteile mit sich bringt. In der Eigenschaft eines assoziierten Mitglieds der EWG hätte Zypern auch mehr Chancen, Kapital aus den EWG-Ländern zu erhalten, dessen die junge Inselrepublik für die Verwirklichung ihres ersten Entwicklungsplanes unbedingt bedarf.

Eine möglichst sukzessive und reibungslose Entwicklung der Volkswirtschaft Zyperns erfordert ferner, daß der Außenhandel der Insel an einem breiteren Absatzmarkt als dem bisherigen partizipiert. Die jetzigen Außenhandelspositionen zeigen, daß die Ausfuhr Zyperns hauptsächlich auf einen oder zwei Märkte angewiesen sind. Aus diesem Grunde ist das Problem der fluktuierenden Einkommen, das alle Rohstoffländer zu meistern haben, hier in noch stärkerem Maße akut; denn somit sind Preisschwankungen oder eine ungünstige Entwicklung der Nachfrage nach Rohstoffen auf einem oder zwei Märkten stärker zu spüren als auf einem breiteren Markt. Eine Assoziierung Zyperns mit der EWG würde sicherlich auch zu einer Verbesserung der Außenhandelsrelationen und daher zu einer Milderung der Krisenabhängigkeit bei der landwirtschaftlichen und der Rohstoffproduktion beitragen.

Jemen - ein neuer Entwicklungspartner

Hans-Armin Reinartz, z. Z. Hamburg

Es war sehr ungewöhnlich, daß die neue Revolutionregierung in Jemen im Oktober von der Bundesrepublik als erstem westlichem Land anerkannt wurde, zu einer Zeit, als noch längst nicht entschieden war, ob sich die Revolutionäre überhaupt halten würden. Es geschah nach Absprache mit den westlichen Verbündeten der Bundesrepublik und gewissermaßen stellvertretend für den Westen, dem in Nahost in vielfacher Hinsicht die Hände gebunden sind — aber es hat der Bundesrepublik bei den neuen Herren des Jemen einen sehr guten Namen verschafft.

Angelsächsisches Dilemma

Die USA müssen auf die Gefühle des Königs Saud Rücksicht nehmen, der natürlich ein scharfer Gegner republikanischer und zudem noch Nasser-freundlicher Bewegungen in seinem Nachbarland Jemen ist. Die USA haben nämlich starke Erdölinteressen in Saudisch Arabien, und das Verhältnis der arabisch-amerikanischen Erdölgesellschaft ARAMCO zum König darf in keiner Weise politisch belastet werden.

Großbritannien steckt in einem besonderen Dilemma: London wird nicht um eine Anerkennung der neuen Republik herumkommen, obwohl die Revolutionäre von Saud, von Jordaniens englandfreundlichem König

Hussain und den Emiren und Scheichs unter britischem Schutz an den Küsten Arabiens feindlich betrachtet werden. Die Potentaten werden eine Anerkennung als einen Verrat Londons an ihrer Treue zu Großbritannien ansehen, zumal die neuen Herren des Jemen die Agitation der früheren jemenitischen Herrscher gegen die britische Kolonie und das britische Protektoratsgebiet Aden noch verstärken werden. Aber was wird London wie den anderen Westmächten in Zukunft schließlich anderes übrig bleiben, als die Republik anzuerkennen. Eine Nichtanerkennung würde nur den Einfluß Moskaus und Nassers an den Grenzen der amerikanischen Ölgebiete und der britischen Protektoratsgebiete verstärken.

Deutsch-jemenitische Wirtschaftsbeziehungen

Der Anerkennung der Republik durch die Bundesrepublik folgte prompt die Bitte um Wirtschaftshilfe. Die Bundesrepublik hat schon einmal großzügige Hilfe geboten: sie gab 1961 eine Anleihe in Höhe von 4 Mill. Rial (etwa 13 Mill. DM). Ägypten hat sofort nach Ausbruch der Revolution in bedeutendem Ausmaß Wirtschaftshilfe für Jemen angeboten, aber in der Wirklichkeit ist die Hilfe jetzt keineswegs so großartig, und der Jemen muß für seine Wirtschaftspläne dringend westliche Hilfe suchen. Der Revolutionsführer und jetzige Staatspräsident Sallal erbat in Bonn eine erste Kredithilfe in Höhe von 10 Mill. DM zum Kauf von Landwirtschaftsmaschinen. Die westdeutsche Wirtschaftshilfe sollte nach den Vorstellungen

⁸⁾ Dies bestätigt die Behauptung von W. M. Scammell: „Die Commonwealth-Bindungen beruhen mehr auf Realität als auf Sentimentalität“. Vgl. „Großbritannien, das Commonwealth und neues Europa“ in: Wirtschaftsdienst, Nr. 5/1962, S. 212.

⁹⁾ Vgl. P. Papadas: „Das Athener Assoziationsabkommen mit der EWG“, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 9/1962, S. 402 ff.